



Welt online vom 20.01.2022

Jahrestag der Wannsee-Konferenz

Deutschland und Israel prangern Holocaust-Leugnung an

Die Botschafter von Israel und Deutschland kritisieren in einem gemeinsamen Appell die fortwährende Leugnung des Holocaust. Bei den Vereinten Nationen wollen sie gemeinsam eine Resolution anstoßen.

Zum 80. Jahrestag der Wannseekonferenz haben Deutschland und Israel die Leugnung und Trivialisierung des Holocausts angeprangert. In einem Gastbeitrag für den "Tagesspiegel" (Donnerstag) und die israelische Tageszeitung "Maariv" kritisierten die deutsche Botschafterin in Israel, Susanne Wasum-Rainer, und der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, dass die Fakten der Schoah noch immer abgestritten würden und deren historischer Ausnahmecharakter relativiert werde. Die Leugnung und Trivialisierung des Menschheitsverbrechens sei dabei nicht nur unter politischen Radikalen verbreitet, sondern ein gesellschaftliches und internationales Phänomen.

Aus diesem Grund wollten Israel und Deutschland an diesem Donnerstag bei den Vereinten Nationen gemeinsam eine Resolution anstoßen, hieß es weiter. Die politisch Verantwortlichen weltweit seien zur Unterstützung aufgerufen.

"Diese Resolution soll ein Zeichen der Hoffnung und der Inspiration für alle Staaten und Gesellschaften sein, die für Vielfalt und Toleranz einstehen, nach Versöhnung streben und verstehen, dass die Erinnerung an den Holocaust unabdingbar dafür ist, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen", schreiben die Botschafter in dem Gastbeitrag.

Bei der sogenannten Wannseekonferenz hatten am 20. Januar 1942 hohe NS-Funktionäre über die systematische Ermordung von bis zu elf Millionen Juden Europas beraten. Ziel der Besprechung in einer Villa am Berliner Wannsee war es, die Umsetzung des Völkermords zu beschleunigen. Sie gilt als eines der Schlüsseldaten des Holocaust.

In dem Gastbeitrag der beiden Botschafter heißt es weiter, die Leugnung historischer Fakten des Holocausts sei nicht nur ein Angriff auf die Opfer der Vernichtung und ihre Nachkommen, auf Jüdinnen und Juden in aller Welt und den Staat Israel. Es sei auch ein Angriff "auf die Grundbedingung friedlicher Gesellschaften und friedlichen Zusammenlebens weltweit".

Die Botschafter machten auch Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung der Holocaust-Leugnung. Dazu gehören eine einheitliche Definition von Antisemitismus, Investitionen in Bildung und Aufklärung sowie Maßnahmen, um die Infragestellung und Relativierung des Holocausts in den sozialen Medien zu verhindern.

Baerbock erinnert an Mitschuld des Auswärtigen Amts am Holocaust

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock erinnerte indessen an die Mitverantwortung der Beamten ihrer Behörde am Holocaust. Diese hätten sich "in den Dienst von Verbrechen und Völkermord des Nazi-Regimes gestellt", erklärte sie am Donnerstag. "Sie wurden damit zu willfährigen Helferinnen und Helfern des Unrechts." So etwas dürfe nie wieder geschehen.

Baerbock betonte: "Wer im Staatsdienst Verantwortung trägt, muss zuallererst dem Recht und der Menschlichkeit verpflichtet sein, nicht der Macht." Sie wolle alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "noch stärker" dafür sensibilisieren, Antisemitismus zu erkennen und aktiv zu werden, wenn sie ihm begegnen.

Quelle: Welt online vom 20.01.2022

Dokumentnummer: 190360607

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WEON_58164abd81a274a98d7ac7fda6b634de6f811d3c

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH